

Sonne-Beitung.

Neunundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen werden die 6 geposteten Kolonnetten oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet und in weiteren Annoncenstellen und allen Anzeigen-Geschäften angenommen.

Bezugspreis Die Halle monatlich bei postregelmäßiger Zustellung 1.00 Mk. vierteljährlich 3.00 Mk. durch die Post 3.25 Mk. auswärts Postzusatzgebühr.

Nr. 330.

Halle, Sonnabend, den 17. Juli

1915.

Der große Bergarbeiterausstand in Wales.

Zum Streik der Bergleute in Südwales.

Die größte Sorge des Tages ist in England die midergehaltene Haltung der südwalisischen Bergleute. Welche gewaltigen Verleger ist Verfallten in der kriegerisch geminnenden Presse ausläßt, zeigt sich in einem Leitartikel der Morning Post vom 13. Juli, der schon allein das Widergebe verdient, weil er in transtärker Weise nebenher die Deutschen für alles und jedes verantwortlich macht, was den Briten zu Hause und auswärts Mißliebiger widerfährt. Das Blatt schreibt:

Die Deutschen werden sich zweifelslos über die Lage in Südwales freuen. Wahrscheinlich hatten sie die Hand im Spiele, um sie hervorzuheben, denn es liegt guter Grund für die Annahme vor, daß allenthalben Agenten des Reiches daran sind, Arbeiterstreikaktionen ins Werk zu setzen. Wir berichten am Sonnabend, daß in der Fabrik von Joneslow sechs Entladungen vorgekommen sind; vor einigen Tagen hatten wir von einem großen Brande in einem Baumwolllager des Nordens zu berichten; und wenn wir auf die elf Kriegsmoate zurückblicken, so könnten wir eine ganze Reihe von Entladungen und Feuerbrünsten aufzählen, die der Allgemeinheit zum Teil bekannt, zum Teil unbekannt waren. Wir glauben nicht, daß es sich dabei nur um Zufälle handelte, auch nicht, daß unsere Arbeiter in dieser Zeit der Gefahr durch Engländer allein in die Ausstände getrieben wurden.

Deutsche Wähler und deutsches Geld sind an der Arbeit, und die Regierung ist darauf zu tadeln, daß sie aus irgendeinem geheimen Grunde immer noch den Feind in unserer Mitte behält. Sir John Simon, der Minister des Innern, sagt aller Welt, man solle seine Pflicht tun; so möge denn die Regierung ihre Pflicht in dieser Sache der Sicherheit tun, und es wird uns im Lande manche Störung erspart bleiben. Freilich behaupten wir keineswegs, der Feind sei der einzige Anführer von gewerkschaftlichen Zuständen, im Gegenteil, es ist allbekannt, daß Südwales seit Jahren ein Brennpunkt des Radikalismus, des Sozialismus, des Sozialismus und des Sozialismus war. Die südwalisischen Bergleute sind von einer Krise in die andere geraten. Sie haben Gewalt gepredigt und geübt; sie haben sich selbst, dem Bergbau und dem Lande Verluße an sieben Millionen durch ihre bitteren Kämpfe verursacht; die Armen sind in den Hungerdorn getrieben worden, es sind Leute bei Aufständen erhoben und getötet worden, kurz eine ganze Welt von Bitterkeit und Streit hat sich da aufgetan. Viele Bergleute jedoch können nicht von sich sagen, sie seien schlecht gelöhnt; im Gegenteil, sie erzielen hohe Löhne und leben gut. Nur an einem Ding leiden sie Mangel, nämlich an gutem Nat. Sie sind daher getrieben wie eine Spahre ohne Hint; ihre Politiker haben sie wegen ihrer Stimmen ungenauert und ihnen den rauhen und scharfen Trant des Meides, der Lieblosigkeit und des Kaltenhaffes eingegeben. Niemals hat man sie die Grundregeln der Vaterlandsliebe und die einfache Wahrheit gelehrt, daß wir alle zusammen gehören und daß wir als Volk stehen oder fallen. Von ihren Arbeitgebern haben sie den Anspruch vernommen, daß der Gewinn das alleinige Ziel sei, von ihren Staatsmännern, daß das Streben unseres Volkes letzten Endes nur dahin gehe, auf den billigen Märkten zu kaufen und auf den teureren zu verkaufen. Sie konnten beobachten, wie im täglichen Leben Ausländer den Vortzug vor England erhielten, wie ausländische Ware gekauft wurde, weil sie einen Bruchteil billiger war als englische. Die Väter haben unsere Trauben ausgegessen und die Kinder haben lange Käse davon bekommen.

Gegenwärtig stehen wir vor dem Ergebnis: einem Streit in dem südwalisischen Kohlenrevier zu einem Zeitpunkt, wo Steinkohle für das Leben und Dasein der Nation alles bedeutet. Wir brauchen die Entwicklungsgeschichte des Kampfes nicht darzulegen, sie ist unserer Lejern bekannt. Wenn ein Mindestlohn in einer Industrie festgelegt wird, die sich von Natur aus als ungenügend für eine solche Regelung erweist, so muß dieser durch andere Bestimmungen sichergestellt werden. Eine dieser Bestimmungen geht dahin, daß, wenn ein Bergmann nicht während fünf Gehjahren seiner Arbeitszeit tätigt ist, er den Anspruch auf den geschätzten Mindestlohn verliert und auf die alle niedrigere Lohnklasse angewiesen ist. Die Leute wollen in Wirklichkeit den Vorteil des Mindestlohnes ohne die geistlichen Wirksamkeiten. Letztere jedoch sind erichtet worden, um den Unternehmer gegen Mißbrauch des Gesetzes über Mindestlohn in einer Industrie zu schützen, in der sich die Leistung nur nach ihren Ergebnissen beurteilen läßt. Die am 30. Juni bewirkte Regelung hat zu weiter nichts als erneuten Kämpfen geführt.

An der Regierung ist es jetzt, dieser Lage entgegenzutreten, denn es handelt sich um eine nationale Gefahr. Am es kurz und einfach zu sagen: Ein Ausstand der Bergarbeiter kann in der gegenwärtigen Zeit nicht gebildet werden, denn so wie die Bevölkerung von Wohlsein eine Notwendigkeit für das Leben bildet, so bildet Kohle eine solche für die Vereinerung der Geschäfte, von dem Bedarf der Flotte nicht zu reden. Man wird wohl sagen, daß, wenn jemand nicht arbeiten will, kein Macht ihn dazu zwingen kann. Darauf haben wir zu antworten, daß letzten Endes, wenn alle Versuche der Ueberzeugung und Verhütung leider fehlschlagen sollten, eine der-

artige Macht dennoch vorhanden ist: bei einem Ausstande bedarf es wie bei einem Beere der Koräre; wenn die Gelder in Beschlag genommen und die Steuern, wo Geld ausgegeben wird, geschloßen werden, kann der Ausstand nicht fordbauern. Nötigenfalls wird das gesamte Revier unter Kriegrecht zu stellen und als Militärgebiet zu verwalten sein. Die Regierung hat die nötige Gewalt, und das Land, das sich gern aller seiner Macht zugunsten des Kartellabnetts begeben hat, erwartet, daß letzteres seine Pflicht tut. Jetzt gilt Schwäche oder Schwanken, erwägen die Minister ihre Vollständigkeit bei Wägen in Bergrevieren mehr als die geheimerische Notwendigkeit der Lage, so entsteht Unheil. Man braucht eine deutliche Führung und eine starke Hand.

Die Regierung ist dem Rufe nach Zwang bereitwillig gefolgt; wie gemeint, wird sie die Verantwortung des Ausstandes für unanthatig erklären; man wird also vielleicht in dem freien England erleben, daß Unwillige zur Arbeit gezwungen werden.

Es dürfte ein sehr gefährliches Experiment sein, das die englische Regierung da unternimmt, und wir sind gespannt darauf, wie die englischen Gewerkschaften auf einen solchen Zwang, vor dem die Führer bei der Debatte über die Registrierungsbill sehr eindringlich gewarnt haben, reagieren werden.

T. U. London, 17. Juli. Der Londoner Korrespondent des 'Neuen Rotterdammer Courant' meldet seinen Blatte: Nach den letzten Nachrichten aus Südwales ist die Lage sehr ernst. Gestern empfahl der Vorstand des Bergarbeiterbundes, die Verhandlungen mit der Regierung aufzunehmen, aber auch gleichzeitig mit der Arbeit wieder zu beginnen; ein Vorbehalt, der von den Vertretern der Bergleute mit 88 000 gegen 45 000 Stimmen heute verworfen wurde. Die englische Presse ist erbittert über den Beschluß der Bergarbeiter. Die 'Times' fordern die Regierung auf, das Munitionsgesetz in Kraft treten zu lassen. Die Regierung hat auch heute bereits das Munitionsgesetz für Wales und Monmouth eingeleitet. 'Daily Chronicle' verurteilt die Munitionsgesetzpropaganda in Erbhärtigkeit. Der Arbeiterführer Reir Hardie, der großen Einfluß hat, behauptet das Blatt, die Arbeiter sind als Werkzeug.

200 000 englische Bergleute feiern.

WTB. London, 16. Juli. Die Blätter berichten aus Cardiff, daß die Zahl der Streikenden auf 200 000 geschätzt wird. Fast alle Kohlengruben liegen still und die Streikenden ziehen in allen Orten mit Musik durch die Straßen. Viele Versammlungen werden abgehalten. Es herrscht eine allgemeine Entrüstung darüber, daß die Regierung die Bergleute unter das Munitionsgesetz gestellt hat. Es besteht ein offener Troß gegen die Versuche, die Strafparagrafen des Gesetzes anzuwenden.

Die Konferenz des Ausschusses war durch heftige Szenen und bittere Ausbrüche gekennzeichnet. Vertreter, die für die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit eintraten, wurden niedergeschrien. Stürmischen Beifall fand die Erklärung eines Führers, der sagte, seine Regierung der Welt könne die Waliser Bergleute zwingen. Die Hauptentzündung richtete sich gegen die Grubenbesitzer, die sich hinter der Regierung versteckten und für die Lage verantwortlich wären. Ein Vertreter rief: Es mögen Schiffe sinken, deswegen werden die Waliser Bergleute nicht arbeiten, wenn sie nicht wollen! Vergebens suchte eine Anzahl von Vertretern gegen die Streikpartei aufzutreten. Einer der Gemäßigten lagte später: Die Konferenz hat die Tatsachen nicht erkannt; jetzt stehen wir unter dem Munitionsgesetz. Wir befinden uns im Widerspruch zum Gesetz. Die ganze Welt ist gegen uns mit Ausnahme der Deutschen, der Desterreicher und der Türken.

WTB. London, 17. Juli. Das Preßebureau zeigt an, daß ein Munitionsgeschäftsloß für Wales eingeleitet worden ist.

WTB. Kopenhagen, 17. Juli. 'Nationaltidende' meldet aus London: Im gelamten Bergbaugebiete ist nunmehr der Belagerungszustand erklärt worden. Die Admiralität hat alle Referenturäte an Kohlen übernommen. Infolge dessen ist der Geschäftverkehr an der Kohlenbörse in Cardiff eingestellt worden. Aus allen Anzeichen ist zu schließen, daß die Bergarbeiter ihre ablehnende Haltung beibehalten werden.

WTB. London, 16. Juli. (Neuter.) Heute haben vier wichtige Verhandlungen zwischen Vertretern der Regierung, den Bergwerksbesitzern und den Bergarbeitern stattgefunden zur schnellen Beilegung der Schwierigkeiten im Kohlenrevier von Südwales.

e. B. Kopenhagen, 17. Juli. 'Nationaltidende' erfährt aus London: Die Waliser Grubenarbeiter verwarfen abermals den Regierungsvorschlag, die Arbeit fortzusetzen, bis ein Uebereinkommen getroffen sein wird, obwohl der vortragende Arbeiterführer zur Annahme des Vorschlages geraten hat. Im ganzen Grubenbezirk ist jetzt der Belagerungszustand erklärt.

Ist das Ergebnis der englischen Anleihe ein Erfolg?

WTB. Berlin, 16. Juli. Zum Ergebnis der englischen Kriegaanleihe schreibt die 'Nord. Allg. Ztg.' u. a.: „Bei der Begründung des Anleiheprojektes im Unterhause am 22. Juni hat der englische Schatzkanzler zu wiederholten Malen und mit Nachdruck erklärt, er hoffe eine Summe zu erhalten, die genüge, um die Kriegskosten für den Rest des laufenden Finanzjahres zu decken. Dieser Betrag berechnet sich wie folgt: Am 19. Juni fanden nach McKennas Angaben an kurzfristigen Verpflichtungen, die durch die Anleihe vorweg zu lombardieren sind, 333 Millionen Pfund aus. Die täglichen Kriegskosten ereichen in England 11 Millionen Pfund, gleich 90 Millionen Mark im Monat. Selbst wenn man gegenwärtig in Rechnung stellt und die täglichen Nettokosten ausgaben für den Krieg nur auf 2,5 Millionen Pfund berechnet, kommt man einschließlich der bisher aufgelauenen und aus der Anleihe zu deckenden kurzfristigen Verbindlichkeiten auf einen Geldbedarf bis zum Ende des Finanzjahres von mehr als eine Milliarde Pfund. Nach den bisherigen amtlichen Mitteilungen bleibt das Anleihergebnis hinter dem Betrage von 600 Millionen Pfund zurück. Es sei angenommen, daß die bisher veröffentlichten Ziffern lediglich Beizeichnungen, nicht auch Konvertierungen enthalten. Auch dann bleibt nach Abzug der zu deckenden 333 Millionen Pfund schwebenden Schulden an neuem Geld ein Betrag von kaum mehr als 250 Millionen Pfund auf den 19. Juni gerechnet. Diese 250 Millionen Pfund reichen, je nachdem man mit einem Tagesbedarf von 3 Millionen oder 2,5 Millionen Pfund rechnet, für etwa 80—100 Tage ab 19. Juni, also allerbestenfalls bis Ende September d. J., statt, wie der britische Schatzkanzler hoffte, bis Ende März 1916. In diesem Unterchiede zwischen Hoffnungen und Erfüllungen mag man erkennen, daß das Zeichnungsergebnis eine gewonnene Schlacht bedeutet. Jedenfalls aber wird die englische Regierung, die sich mit einer äußersten Kreditengrenzung der finanziellen Kriegsvorsorge bis zum nächsten Frühjahr zu entledigen verurteilt hat, in nicht allzu langer Zeit erneut an den Markt appellieren müssen. Eine Wiederholung der dieses Mal ins Spiel gezeigten Reizmittel ist dann ausgeschlossen.“

Wir haben gestern bereits ausgeführt, daß bei dem laminartigen Anwachsen der englischen Kriegskosten England nur kurze Zeit mit dem Betrage, den die letzte Kriegaanleihe ergeben hat, auskommen kann. Wie schon allezeit dringens dem Tagesbedarf mit Sarrillon schon jetzt auf 4 Mill. Pfund täglich zu erwarten, daß er binnen kurzem auf 5 Millionen (100 Millionen Mark) und weiter steigt. Teilt das zu, dann reicht der — nach Abzug der 333 Millionen Pfund schwebender Schuld — verbleibende Reiz nur noch auf 50—60 Tage. Es dürfte England schwer werden, nach zwei Monaten eine neue Anleihe unterzubringen.

Englands innere Verhältnisse.

Ueber die inneren englischen Zustände erfährt die 'Staatsbürger Zeitung' von besonderer Seite aus Amiens dem folgenden: Die Form, unter der das jetzige Koalitionskabinett im Juni gebildet wurde, ist besonders für Asquith eine klägliche Sache gewesen. Asquith habe keine größere Popularität jeher eingeholt. Von seinen liberalen Kollegen ist Winston Churchill unmöglich geworden durch seine undachten Reden. Am 7. Juni 1915 hat er sich lächerlich gemacht, und der Fall von Antwerpen sowie die Dardanellenexpedition werden ihm allgemein auf das Schuldton gelehrt. Gren hat bereits seit langem nicht mehr bei großen Entscheidungen mitgewirkt, und wenn man ihn wirklich im Auswärtigen Amt zurückbehalten werde, so würde das nur bedeuten, daß kein anderer da ist, um seine Stelle auszufüllen. Die konfessionellen Führer, soweit sie im neuen Kabinett sitzen, täten sich wohl, sich alsuuche mit der Politik des Koalitionskabinetts zu identifizieren und wollen erbt leben, wie der Hase läuft.“

Ob es Lloyd George gelingen wird, zum Premierminister aufzusteigen, werden die nächsten Wochen lehren. Es fragt sich, ob er auf die Dauer das Vertrauen des Volkes sich zu erhalten verbleibt. Schon jetzt wird er von manchen Seiten angegriffen. Es beginnen sich Zweifel zu regen, ob die ganze Munitionslampagne wirklich den Tatsachen entspricht. Man weiß nur zu hin, daß Lloyd George schon seit Monaten an der Spitze des Munitionsausflusses steht, also da schon reichlich Gelegenheit gehabt hätte, sich um Munitionsarbeiterunwerbung bemüht. Verdacht an seiner Ehrlichkeit zu erwecken, das soll dem Führer gegenüber das Volk von harten Mißtrauen nicht besonders im Hinblick auf die nächsten wirtschaftlichen und finanziellen Verarmung Englands und auf die Gefahr einer allmählichen Verarmung Englands ein deutliches Zeichen einer starken englischen Depression ist das fortjreitende Sinken der alten Kriegs-

Neue Verhandlungen?

c. B. Lugano, 17. Juli. Die „Dea nazionale“ behauptet, dass in Rom zurzeit überaus wichtige Verhandlungen zwischen dem Vatikan und dem russischen Reich stattfinden werden. Die Konflikte hängen von diesen Verhandlungen ihrem Ziele entgegenzuwirken. (7. Feb.)

Der „deutsche Bazillus“.

Man schreibt uns: Nach der „Humanität“ hat der belgische Sozialist und „Antiführer“ Vandervelde am Mittwochabend in St. Denis während einer vor einer großen Arbeiterversammlung gehaltenen Rede geäußert, daß Rußland die demokratischste Nation sein könnte, wenn es nicht seit langem durch den Bazillus des deutschen Einflusses vergiftet worden wäre, eines Einflusses, der sich seinen Weg bis zu dem fälschlichen Hof geböhnt habe. Eine hochbedeutsame Persönlichkeit habe ihm das gesagt, und das sei sicher richtig. Der größte Teil des Absolutismus, unter dem das russische Reich leide, komme aus ihm aus Deutschland, das der russischen Regierung seinen Stempel aufgedrückt habe. Neu ist die Idee Art, wie Vertreter der westeuropäischen „Kulturträger“ ihr schändest Gemessen, daß sie gerade im Grunde mit dem einst von ihnen selbst geschaffenen absolutistischen Rußland die Welt von der barbarischen Barbarei befreien wollen, gerade nicht; aber es verlohnt sich, auf den Gedankengang Vanderveldes etwas näher einzugehen, weil seine Auffassung mehrwärtigermaßen in weiten Kreisen der russischen Intelligenz tatsächlich vorherrschend ist und weil das, was man „deutschen Bazillus“ nennt, kein bloßes Hirngespinnst bedeutet. Weniger naive Köpfe unter unseren westlichen Gegnern wie Vandervelde haben uns in ähnlichen Augenblicken beraten, was für eine Zukunft es ist, die sie gegenüber Deutschland mit dem barbarischen Stiens ein Herz und eine Seele sein läßt. Ein großer französischer Dichter es einmal aus: „Die Deutschen sind wie wir, wir sind wie sie, wir sind wie sie, wir sind wie sie.“ Der selbe Gedanke kommt in dem Stoffe ihrer irgendeinen ebenfalls französischen Literatur zum Ausdruck, daß Europa ohne Deutschland ein einziges „Dübel“ sein könnte. Auf englischer Seite ist es Bernhard Shaw, der seinen Landesknecht unerschrocken zu sagen wagt, ihr Hab gegen das Deutschland, das entwirrtige hauptsächlich der althergebrachten Gewohnheit, nur vier Tage der Woche eigentlich zu arbeiten; sie hören am Freitag auf und fangen erst am Dienstag wieder an, aber der deutsche Wettbewerb mache es ihnen mehr und mehr unmöglich, solchen durch die Tradition überlieferten Sclaventum fortzusetzen. Der „deutsche Bazillus“, von dem unsere Nachbarn in West wie Ost und Süd angeleckt zu werden fürchten, das ist also in Wirklichkeit die Fäulnisart und der Geist des Deutschen.

Die Russen, als das kommerzielle und träge europäische Volk, fürchten und hassen naturgemäß den deutschen Bazillus am meisten. Selbst ihre größten Geister sind davon nicht frei. In Dostojewskis wie Tolstois Schriften ist immer nur in verächtlichem Tone von der Nützlichkeit, dem Fleiße und der Arbeitsamkeit des Deutschen die Rede. Der Jude, die noch nichternere, und wenn nicht fleißiger, so doch „betrieblamer“ zu sein pflegen, kann man sich durch eine brutale, auf planmäßige Vernichtung hinauszielende Unterdrückungspolitik einigermassen erwehren, aber der Neißer vor dem mächtigen, starken Deutschen Reiche hindert die eigene Fremdbestimmung zu übertragen. So liegt es sich nicht verhindern, daß ein paar Millionen Deutsche im russischen Reiche reichlich an Handel und Industrie, im Staate und im Heere in immer größerer Zahl führende Stellungen erwarben.

*) Die Aufsicht bezieht sich, soweit darin von Rußland die Rede ist, mit dem, was wir fälschlich in dem Artikel „Nationalitäten- und Rassenprobleme im Weltkrieg“ ausführten; nur der Schlußfolgerung, daß es den Russen durch „Nachlieferung“ gelingen würde, deutscher Vorräte teilhaftig und reifer für eine freiere Regierungssystem zu werden, können wir nicht bestimmen. Das Russenreich kann sich nicht selbst regieren, es wird stets von Deutschen beherrscht werden müssen, da es nur unter despotischer Führung zu arbeiten und etwas zu leisten vermag. Das die Initiative zu einem solchen Antrag in der Sache von Männern deutschen Stammes ausging, darin hat Vandervelde nicht unrecht; freilich aber ist es noch nicht fest, daß alle Verhandlungen der Deutschen in Rußland seit Kattow und Brestoff es nicht vermocht haben, an ihrer Verwirklichung im Bereiche etwas zu ändern, weil Rußland den Schaffungswillen dieser aktiven Elemente nicht entbehren konnte. D. Red.

Das hat aber ebenwomig mit der Selbstbehauptung des Russenstams wie mit der absolutistischen Regierungsform des moskowsischen Staatswesens etwas zu tun. Nach Montenegro ist der Despotismus die natürliche Regierungsform für Völker mit „trägen Herzen“. Solche können nur durch die Furcht im Stande angetrieben werden. Die Deutschen in Rußland sind überall die Träger des praktischen Fortschritts. Ihnen brauchen die Russen nur nachzusehen, damit bei ihnen die Voraussetzungen einer freieren Regierungsform gegeben seien. So je dafür in den letzten Jahren reifer geworden sind, hatten sie dies vorwiegend dem anspornenden Einfluß der Deutschen zu danken. Der jetzige Krieg bedeutet einen Versuch, sich um die durch die Verletzung in den Weltverträge mehr und mehr notwendig gewordene Aufgabe, sich zu einer höheren Kulturstufe emporzuarbeiten, herauszubringen. Gelänge es, das Deutsche Reich zu zertrümmern, so könnten die „schon russischen Leute“, die am Petersburger Hof jederzeit über mehr Einfluß verfügten als die Deutschen, die Indebeschuldung auf die Deutschen übertragen. Man hat damit ja schon während des Krieges begonnen. Die russische Gemütsart wäre gereift.

Deutsches Reich.

Unsere dritte Kriegsanleihe.

c. B. Berlin, 17. Juli. In einer Versammlung der Bäderobermeister in Köln teilte der Reichstagsabgeordnete Ehrig an (Zentrum) mit, daß am 24. August im Reichstage über die Aufnahme einer dritten Kriegsanleihe Beschluß gefaßt werden soll. Die Bedingungen sollen hierbei nach dem „Borwärts“ noch günstiger gestellt werden, als bei den beiden ersten Kriegsanleihen.

Gegen den Lebensmittelpwucher.

c. B. Berlin, 17. Juli. Der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei und die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands veröffentlichten im „Vorwärts“ einen Aufruf unter der Ueberschrift „Gegen den Lebensmittelpwucher“, worin gefordert wird, daß ohne Rücksicht auf die Profitinteressen der Produzenten und Händler nötige Höchstpreise für alle Lebensmittel festgelegt werden, die so zu bemessen sind, daß die ausreichende Ernährung des Volkes gesichert und jede Bereicherung auf Kosten der Volksernährung ausgeschlossen wird. Durch Beschlagnahme und Verkaufszwang müßte das Zurückhalten von Vorräten zum Zwecke der Preissteigerung verhindert werden.

Beurlaubungen zur Ernte.

WTB. Berlin, 16. Juli. Bekanntlich wird den Mannschaften, die zur Guts- und Körnerernte sowie im Interesse des Weinbaues beurlaubt werden, unter Befreiung der Löhnung freie Eisenbahnfahrt auf Kosten des Reiches gewährt, wie dies schon bei den Beurlaubungen zur Frühjahrsbefreiung der Fall war. Der Urlaubserhalt für die Reise eines Militärjägers, neben anderen Angaben auch den Vermert: „Zehnstunden sind zu sunden“ enthält. Hieraus ist vielfach geschlossen worden, daß der Beurlaubte nur vorläufig frei Jahre und die Fahrkosten später von ihm bezahlt werden müßten. Das trifft nicht zu. Jeder, der einen solchen Schein in Händen hat, fährt tatsächlich frei. Der Vermert regelt nur das Abrechnungsverhältnis zwischen dem Reich, das die Fahrkosten trägt, und der Eisenbahnverwaltung, auf deren Linie der Beurlaubte fährt.

Städtische Kommissarverordnungen in Düsseldorf.

Da auch in Düsseldorf die Preise für samtiges Lebensmittel Gemüße eine für die Jahreszeit durchaus unangebrachte Höhe aufweisen, ist die Stadterverwaltung dazu übergegangen, städtische Gemüsehändler einzurichten. Sie sollen bis auf weiteres täglich stattfinden.

Ein württembergischer Konsumentenverband.

Die Gründung eines Kriegsaussschusses für Konsumenteninteressen ist in einer Versammlung von Vertretern der württembergischen Beamten, Unterbeamten, Angestellten und Arbeiterorganisationen erfolgt. Der Ausschuß soll seine Kampforganisation gegen bedrückte Interessen der Produzenten, auch sein Feind der Landwirte und des selbständigen Mittelstandes sein, sondern seine Tätigkeit in der Hauptache gegen alle Preisstrebereien auf dem Warenmarkte richten. Dem Ausschuß haben sich Vereinigungen mit insgesamt 200 000 Mitgliedern angeschlossen.

Fürjorgezöglinge im Heeresdienste.

In seinem Bericht über das Jahr 1914 weist das Kriegs- und Fürjorgeamt der Stadt Leipzig u. a. darauf hin, daß sich

ein beträchtlicher Teil der Zöglinge, von denen to mancher in einem Empfänger und Gehalt abgestumpft schien, freimütig zu den Fahnen gemeldet habe. War es teilweise Freizeitsdrang und Abenteuerlust, so jedoch in vielen Fällen wohl auch ehrliche Begeisterung zu erkennen gewesen. Soweit sich die Fürjorgezöglinge im Felde befinden, würden sie die Heeresdisziplin, nur allem aber die Notwendigkeit der Beherrschung in schwierigen Lagen, die vielen härteren Kämpfe Auge in Auge mit dem Feinde und nicht zuletzt die Anstrengungen und Entbehrungen zu erheim Nachdenken, wohl auch über sich selbst, veranlassen, und es je zu hoffen, daß sie als erlernte und bessere Menschen in die Heimat zurückkehren würden. Das Kriegs- und Fürjorgeamt erklärt dann: „Der Zeit und den Verhältnissen Rechnung tragend, können wir uns dem Grundsatze nicht verziehen, daß derjenige, der als noch genug gefunden worden ist, das Vaterland mit verteidigen zu helfen, in der Regel auch für wert erachtet werden muß, aus der Fürjorgeziehung entlassen zu werden. Wir werden deshalb auch bei den jüngeren Heeresdienst leistenden Fürjorgezöglingen, in der Regel nach Ablauf von etwa 6 Monaten seit der Einberufung, falls nicht besondere Bedenken im Einzelfalle vorhanden, die Aufhebung der Fürjorgeziehung beantragen.“

Kriegshilfe in Ostpreußen. Von den Kriegshilfsausschüssen in Ostpreußen sind bisher, wie aus Königsberg gemeldet wird, 150 Millionen Mark Vorratshilfe gesammelt worden.

Die diesjährige preussische Bischofskonferenz beginnt am 17. August in Jülich. Voriges Jahr ist die Konferenz wegen des Krieges ausgefallen.

Bernhard Dernburg vollendet am heutigen Tage sein 50. Lebensjahr. Er bezieht dieses Jubiläum nach glücklicher Rückkehr von seiner Amerikareise, auf der er für ein besseres Verhältnis Deutschlands in dem Kriege zu wirken, Arbeit bemüht war. Die Verdienste, die er sich hier erworben, werden erst später zu würdigen sein. Heute sei seiner erfolgreichen Arbeit an der Spitze des Reichskolonialamts gedacht, als dessen erster Staatssekretär er von 1906 (bzw. Mai 1907) bis 1910 gewirkt hat. Wie verstand er es, bei den Reichstagswahlen von 1907 für die deutsche Kolonialpolitik Verständnis zu wecken! Ein gut Teil der Volkstimmlichkeit, die je heute gegen sie gerichtet, ist auf die Art und Weise zurückzuführen, in der er ihren Rufes höchsten Kreisen machte, die ihr vor dem Reichstag über völlig abweichende Ansichten. Ihr großer wirtschaftlicher Wert ist erst von Bernhard Dernburg überzeugend dargestellt worden und von ihm auch ist zuerst die deutsche Kolonialpolitik praktisch in vollem Maße unter die wirtschaftspolitischen Gesichtspunkte gestellt worden. Als erfahrenen Praktiker des Geschäftswesens lag ihm dies auch näher als den aus der Beamtenlaufbahn hervorgegangenen früheren Leitern der Kolonialabteilung; nach ihm wird keiner, der an seiner Stelle steht, wesentliche andere Wege einschlagen können, ohne sich in Widerspruch zu setzen mit der Mehrheit des Volkes und des Parlaments. Daß seine Amtsübernahme nur kurz war, entsprach den politischen Verhältnissen, wie sie sich nach Wilhelms Rücktritt gestaltet haben, zu dessen Verdienste es gehört hat, diese Verantwortlichkeit zu erben, aber mit einem Reichsamt zu betrauen, das der Zuführung tauglichem Geistes bedurte. Möge Dernburgs Kraft dem Vaterland in Zukunft noch recht dienlich gemacht werden können.

Letzte Depeschen.

Unterstände für die Bevölkerung von Dünkirchen.

c. B. Rotterdam, 17. Juli. Wie aus Dünkirchen gemeldet wird, hat die letzte verbeerende Wirkung durch die deutsche Beschießung die Behörden veranlaßt, zum Schutze der noch in der Stadt zurückgebliebenen Bevölkerung hat man jetzt Maßnahmen zu treffen, um den Untergrundbägen unter nach Art der Aborte geschaffen, in die sich die Bevölkerung in Falle einer Beschießung retten kann. Weitbin sichtbare Schilde zeigen die Eingänge zu diesen Schutzpunkten an.

Zur Bewegung der französischen Ernte.

c. B. Rotterdam, 17. Juli. Aus Dünkirchen wird gemeldet, daß die Behörden hinter der französischen Front eifrig darauf bedacht sind, daß von der Ernte nichts verloren geht. Die in der Front abgelassenen Soldaten, sowie auch die einberufenen Territorialen werden als Hilfsarbeiter der Landwirte verwendet und helfen in Uniform den Bauern. Verantwortlich für den vollständigen Teil: Siegfried Dnd; für den örtlichen Teil, für Propagandaarbeiten, Gericht, Bank, Eugen Brinkmann; Neulleiten, Vermittliches usw.: J. R. Siegfried Dnd; für Unterhaltungsablässe und Besondere Nachrichten: Hans Katoen; für den Ansehten: Albert Barbé. Druck und Verlag von Otto Denbel, Gemälde in Halle a. S.

— Aufschriften an die Schriftleitung, Berichte, Einwendungen usw. sind stets an die „Saale-Zeitung“, nicht an einzelne Schriftleiter zu richten.

Advertisement for J. Lewin. Text: 'Weit unter der Hälfte des früheren Wertes sind in unserem grossen Inventur-Ausverkauf die Preisermässigungen vieler Artikel. Geschäftshaus J. LEWIN Halle a. d. S., Marktplatz 2 und 3.' Includes a box: 'Infolge ausserordentlicher Knappheit an Rohmaterialien sind in kürzester Zeit bedeutende Preissteigerungen zu erwarten und kann eine günstige Einkaufsgelegenheit niemals wieder geboten werden.'

